



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

F., G.: Die neuen Aussichten auf Bundesreform.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die neuen Ausſichten auf Bundesreform.

Eine Woche voll großer Ueberraschungen iſt vergangen, die Kriegsfrage iſt wenigſtens für den Augenblick in den Hintergrund gedrängt durch einen neuen Eriſapfel, welchen der preußiſche Miniſterpräſident in das Land geworfen hat, durch die Forderung einer Reform an Haupt und Gliedern des deutſchen Bundes.

Man läßt dem Grafen Biſmarck wohl nicht Recht widerfahren, wenn man dieſe Forderung für einen plötzlichen Einfall hält, durch welchen er ſich aus einer Lage herausheben wollte, die voll von Verlegenheiten iſt, ſelbſt auf die Gefahr, die mißlungenen Anläufe ſeiner Politik durch einen neuen zu vermehren. Es iſt vielmehr Grund anzunehmen, daß das Bundesreformproject ein alter Lieblingsplan deſſelben iſt. Wenigſtens wurde im Jahre 1862 erzählt, daß H. v. Biſmarck ſeinem König ein ähnliches Project vorgelegt habe, und zwar damals mit beſtimmten Hintergedanken für die innern preußiſchen Verhältniſſe. Mit dem preußiſchen Landtag ſei nicht zu regieren, er müſſe obſolet werden durch ein allgemeines deutſches Parlament unter preußiſchem Schutz; weit großartiger und würdiger ſei die Haltung der Nationalverſammlung in der Paulskirche geweſen. Dieſe Verſammlung müſſe man zuſammenrufen und durch ſie die Landtage der einzelnen Landſchaften aufheben laſſen, die daneben mit gleicher Competenz eine Ungeheuerlichkeit wären. Erweiſe ſich dann das neue Parlament als unpraktiſch und lebensunfähig, ſo ſei man wenigſtens das innere drückende Verhältniß los und habe freie Hand. Wie erzählt wurde, wies der König von Preußen dieſes Project von der Hand, und reiſte zur Zuſammenkunft von Baden.

Es iſt nicht unnütz, heut an die Gedanken zu erinnern, welche damals dem jegigen Miniſterpräſidenten zugetraut wurden. Wahrscheinlich hat er ſeitdem andere Anſichten über die Schwierigkeit erhalten, eine Landesverfaſſung zu aboliren; auch iſt ſein Intereſſe an der Nationalverſammlung zuverläſſig ſo aufrichtig, wie dem Erwaſſenen die warme Empfindung für eine geſchwundene Kinderliebe. Jenes Parlament iſt ihm doch eine bedeutende Erinnerung. So viele hochgebildete Männer, ſo warmer Patriotismus, gewandtes und ritterliches Turnier der Reden, und im letzten Grunde doch den Machthabern ſo wenig nachtheilig! Aber wir meinen, er würde bei einer neuen Nationalverſammlung, ſelbſt wenn ſie unter ſeinen Auspicien zu Stande kommt, die beſondere Erfahrung machen, daß die Deutſchen ſeit dem Jahre 1848 —

in seinem Sinne — sehr viel schlechtere Politiker geworden sind. Wenigstens dürfte dem Parteistandpunkt der Conservativen Herr v. Bennigsen für einen gefährlichen Nachfolger Heinrichs von Gagern gelten, auch das wäre in den Augen unserer Gegner kein Fortschritt, daß die Herren vom Nationalverein und Reformverein jetzt die Bänke des Centrums und der Rechten besetzen würden. Aber was das Schlimmste wäre, dem Ministerpräsidenten Preußens wird jede Versammlung, mit welcher er über reale Interessen und praktisch ausführbare Ideen einen Compromiß zu schließen hat, lästig und zuletzt unerträglich dünken, und er wird durch keinen Wahlmodus und durch keine Vorlagen einen parlamentarischen Körper in Deutschland zusammenbringen, welcher seinen Projecten mit anderer Stimmung entgegenkommt, als mit dem größten Mißtrauen und mit scharfer Kritik.

Seit acht Tagen regt der preussische Antrag beim Bunde die öffentliche Meinung auf, aber noch fehlt uns allen das Verständniß desselben. Was wir bis jetzt wissen, leidet an dem Uebelstand, daß es zur Zeit aussieht wie ein unfertiger und verworrener Einfall, dessen eine Bestimmung die Ausführung der andern verhindert. Das Parlament soll nach liberalstem (???) Wahlmodus an einem Tage zusammentreten, der in nicht ferner Zukunft liegen soll und den die Regierungen zu vereinbaren haben, bevor sie sich über die dem Parlament zu machenden Vorlagen verständigen. Dann sollen und müssen sie diese Vorlagen bis zur Eröffnung des Parlaments vereinbart haben. Aber diese Vorlagen sollen auch nicht durch freie Berathungen der Regierungen festgestellt werden, sondern Preußen will die Grundzüge derselben einbringen. Die Terminbestimmung für Eröffnung des Parlamentes soll also doch wohl ein leises Zwangsmittel sein, um die Regierungen zur Fügsamkeit gegen die preussischen Vorschläge zu bringen. Offenbar ein unwirksames Mittel. Es ist ein neuer Weg, in dem viel deutsche Gemüthlichkeit liegt, wenn man in einer Frage, welche die Lebensinteressen jeder Regierung einschließt, welche die heftigsten Leidenschaften aufregt, die Verhandlungen dadurch abkürzt, daß man zuerst den Termin festsetzt, bis zu welchem Parteiung und Particularismus und chronisch gewordene Unbotmäßigkeit gänzlich aus dem Wege geräumt sein muß. Wenn die Regierungen nun nicht fertig werden? und wenn sie sich, was nicht unnatürlich wäre, höflich sträuben, das Parlament zusammenzuberufen, bevor ihnen selbst klar geworden ist, was mit dem Parlament und Deutschland werden soll, wie dann?

Dann müßte ja wohl Preußen sie zwingen, und es müßte die Macht dazu haben, nicht nur an Soldaten, sondern auch an populären Ideen.

Es würde also zulezt auf den Inhalt des preussischen Projectes ankommen. Was davon durch die officiöse Presse bis heute ausgeplaudert ist, klingt so abenteuerlich, daß wir höflich annehmen, die Berichterstatter sind übel informirt.

Theilung der außerösterreichischen Bundeslande in zwei oder gar drei Gruppen; neben Preußen auch Bayern mit einer Art Hegemonie bedacht, Hauptsache der neuen Föderation neue Organisation der militärischen Kräfte. — Wir haben über alles dies noch kein Urtheil, als daß ein solcher Plan entweder nichts will, oder Verschärfung des Conflictes.

Die Regierungen der deutschen Staaten werden wie bei dem letzten österreichischen Project für zweckmäßig erachten, darauf einzugehen, wie sie auch über die Lebensfähigkeit des Plans urtheilen. Sie erhalten dadurch Gelegenheit, ihre Bedeutung und ihren Patriotismus zu zeigen, zumal wenn sie sich den Vorlagen gegenüber liberaler erweisen, als Preußen. Ohne Zweifel ist der Mehrzahl unserer Regierungen grade durch Grafen v. Bismarck die Ueberzeugung nahe gelegt worden, daß es so in Deutschland nicht länger fortgeht; jedenfalls ist ihnen jetzt die Freude geworden, in gefährlicher Zeit eine Bedeutung für die Sicherheit und Zukunft Deutschlands zu gewinnen, die sie selbst noch vor wenig Wochen für unmöglich gehalten hätten, indem sie einen drohenden Krieg dadurch verhindern, daß sie ihn hinausschieben.

Für die Nation aber ist diese neueste Wendung von einem Werth, der unabhängig ist von den Schicksal, welches dem Reformproject des preussischen Ministerpräsidenten werden mag. Wir sind jetzt so weit gekommen, daß übel verdeckte Noth auch in der deutschen Frage die Gegner der liberalen Partei zwingt, unsere Wege zu betreten. Wie ungeschickt sie das thun mögen, der Gewinn für Deutschland wird bleiben, wieder wird die deutsche Frage in jeder Landschaft beschäftigen und als Forderung an die Einzelnen herantreten. Wir fürchten auch nicht, daß ein neues Mißlingen diese größte Aufgabe unsers Lebens der Menge verleiden werde, denn immer stärker und zwingender, in immer kürzern Zeitintervallen hat sie die Seelen berührt, und die Sachlage hat sich so gewendet, daß jetzt die Regierungen fast noch lebhafter als das Volk empfinden, wie etwas Entscheidendes geschehen müsse, um den gänzlichen politischen Zerfall der deutschen Länder zu verhindern. Hilft das preussische Reformproject zu nichts Anderem, so wird es doch ein gewaltiges Agitationsmittel in unserem Sinne, und unsere Aufgabe ist, dasselbe zu benutzen. Wir liberalen Preußen aber werden in keiner Versuchung den Grundsatz aufgeben, daß wir die innigste Verbindung aller Bundeslande — das kaiserliche Oestreich ausgenommen — mit dem preussischen Staate zu vertreten haben, und wir werden jede neue Organisation für ein schweres Unrecht gegen Preußen halten, wenn sie in der Tendenz, einige dieser Landschaften enger an Preußen zu fesseln, unser brüderliches Unrecht auf die übrigen leichtfertig in Frage stellt.

G. F.